NACHRICHTEN
Österreich

03. April 2025

Wien im Airbnb-Chaos: 10% der Wohnungen illegal vermietet!

10% der illegalen Airbnbs in Wien gemeldet: Kritik an unzureichenden städtischen Maßnahmen zur Regulierung der Kurzzeitvermietung.

Wien, Österreich - In Wien werden über Plattformen wie Airbnb etwa 14.000 Wohnungen zur kurzfristigen Vermietung angeboten. Dies entspricht dem gesamten Wohnraum der Josefstadt. Die massiven Auswirkungen dieser Praxis auf den Wohnungsmarkt in Wien stehen derzeit im Mittelpunkt der Stadtpolitik. Laut **OTS** kritisiert Daniel Harrasser, Bezirksrat von LINKS im 3. Bezirk, die unzureichenden Maßnahmen der Stadt zur Bekämpfung illegaler Kurzzeitvermietungen. Er hebt hervor, dass die Kontrollen zu selten stattfinden, während häufig Sondergenehmigungen erteilt werden.

Die Einwohner*innen der Stadt fühlen sich von den Behörden alleingelassen. Sie klagen über Lärm und Müll durch den Zuzug von Tourist*innen. Harrasser und Mitglieder von LINKS haben bereits 1.400 Beschwerden von Anrainer*innen gesammelt, die ein Zehntel aller Airbnbs in Wien abdecken. Diese anonymisierten Meldungen werden den zuständigen Behörden übergeben, jedoch oft ignoriert.

Problematik für Anwohner

Eine betroffene Anrainerin berichtet, dass diese illegalen Vermietungen negative Auswirkungen auf die Qualität ihres Wohnraums haben. Die Baupolizei und die Bezirksvorstehung hätten es versäumt, angemessen auf die Beschwerden der

Anrainer*innen zu reagieren. Die Hauseigentümer*innen sind oft Immobilieninvestoren, die keinen direkten Bezug zu den Anwohner*innen haben.

Angelika Adensamer, Sprecherin von LINKS, fordert eine Wohnpolitik, die sich an den realen Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Sie kritisiert die fortwährende Zweckentfremdung von Wohnraum und fordert strikte Einschränkungen für Kurzzeitvermietungen, ebenso wie Abgaben für Leerstand.

Wachsende Wohnraumnot in ganz Österreich

Die Problematik illegaler Kurzzeitvermietungen ist nur ein Teil des viel größeren Themas des Wohnraummangels, das Österreich aktuell beschäftigt. Eine Studie des Verbändebündnisses „Soziales Wohnen“ zeigt, dass bundesweit rund 550.000 Wohnungen fehlen, was sich auf die steigenden Wohnkosten auswirkt. In den letzten Jahren stieg der Wohnraumbedarf besonders durch hohe Zuwanderungszahlen, während gleichzeitig zahlreiche Wohnungen leerstehen. Reformen im Wohnungsbau bleiben hinter den Zielen zurück und .**bpb** hebt hervor, dass die Bauaktivitäten trotz Bedarf noch unzureichend sind.

Die Bauzahlen stagnieren: Im Jahr 2023 wurden nur 294.400 Wohnungen gebaut, während die Bundesregierung den Neubau von jährlich 400.000 Wohnungen anstrebt. Prognosen für 2025 zeigen eine Fertigstellung von lediglich 150.000 bis 200.000 Einheiten. Für viele, insbesondere in Großstädten, steht die Mietbelastungsquote heute bei 28%. Sie zeigt, dass die Menschen bis zu 50% ihres Einkommens für Miete aufwenden müssen. Die Problematik der steigenden Mieten ist in den letzten Jahren immer zentraler geworden.

Im Vergleich sieht Deutschland sich einer ähnlichen Wohnraumnot gegenüber. Im Jahr 2022 gab es 1,9 Millionen

Wohnungen, die leerstanden, wobei viele aufgrund fehlender Bauaktivitäten und strikten Vorschriften nicht in den ordentlichen Wohnungsmarkt integriert werden konnten. Diese Fakten werfen ein starkes Licht auf die Notwendigkeit gezielter Maßnahmen, um sowohl die illegale Kurzzeitvermietung als auch den generellen Wohnraummangel effektiv zu bekämpfen.

Details	
Vorfall	Vandalismus
Ursache	Zweckentfremdung von Wohnraum
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **www.airbnb.at** • **www.bpb.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at